

## TAG DER INDUSTRIE 2019: WIR BRINGEN ÖSTERREICH WEITER!

Sichere Beschäftigung, hohe Umwelt- und Sozialstandards, nachhaltiges Wachstum – was die Unternehmen für das Land und seine Zukunft leisten.



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



**ECONOMICS CORNER**  
Wohlstand ohne  
Anstrengung?

Seite 2



**AUSBLICK**  
Warum die nächste Regierung eine  
mutige Standort-Agenda braucht

Seite 4



**WIEN**  
Christian C. Pochler  
ist neuer IV-Wien-Präsident

Seite 11

# Wohlstand ohne Anstrengung?

Es geht uns gut – aber wie lange noch? Das ist die zentrale Frage unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft. Einige Gedanken, warum der Wohlstand von heute die größte Gefahr für den Wohlstand von morgen ist.

Während der „Großen Krise“ der 1930er-Jahre prognostizierte John Maynard Keynes in seinem legendär gewordenen Aufsatz „Economic Possibilities for Our Grandchildren“: Im 21. Jahrhundert seien aufgrund des technologischen Fortschritts und der Möglichkeit zur Kapitalakkumulation eine immense wirtschaftliche Produktivitäts- und Wohlstandssteigerung zu erwarten.

**Der Wohlstand verbindet die Menschen und erlöst uns von den großen Plagen der Menschheit wie Hunger, Krieg und Seuchen.**

Er vertrat die damals provokante These, dass „auf lange Sicht die Menschheit dabei ist, ihr wirtschaftliches Problem endgültig zu lösen“. Er prophezeite eine Zukunft, in der Wohlstand in Stein gemeißelt und die Wirtschaft sozusagen vom „Management der Knappheit“ in ein „Management des Überflusses“ mutieren würde. Keynes hat damit unserer heutigen „Generation YouTube“ vorausgesagt, dass sie genug Wohlstand vererbt bekommt und „es vorziehen wird, ihre weiteren Kräfte eher nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen“.

In einer solchen Gesellschaft, so Keynes, würde die Notwendigkeit zu arbeiten in den Hintergrund treten und die Frage nach der Verwendung der frei gewordenen Zeit zur entscheidenden Größe werden. Konkret würden im 21. Jahrhundert etwa drei Stunden Arbeit am Tag völlig ausreichen, um das Gewinnstreben in den meisten Menschen ausreichend zu befriedigen und den Wohlstand aufrechtzuerhalten. Aber er hat auch davor gewarnt, dass die Menschen durch diese Freisetzung der

Produktivität ihres herkömmlichen Lebensziels beraubt würden – jenes des Arbeitens und des Wirtschaftens. Das größte Problem des 21. Jahrhunderts würde es also sein, wie der Mensch im neugewonnenen Wohlstand seine Freizeit ausfüllen und ein Dasein ohne Arbeit rechtfertigen würde.

### Wohlstand ist kein Selbstläufer

Nun sind wir diese Enkelgeneration. Hat Keynes recht behalten? Haben wir tatsächlich mit unserem Wohlstand das „Goldene Zeitalter“ erreicht, in dem Milch und Honig fließen und das Ende jeglicher Notwendigkeit zur Arbeit und zur Anstrengung der Menschen erreicht ist? Braucht es noch Produktivität und Erfindergeist, wenn der Wohlstand scheinbar schon zum Selbstläufer geworden ist?

Im Nachhinein lässt sich natürlich leicht urteilen. Aber angesichts der Hauptforderungen in den Wahlkämpfen der heutigen westlichen Demokratien nach Arbeitsplätzen müssen wir davon ausgehen, dass der Mensch auch heute im Wohlstand immer noch nach mehr Angebot und mehr Fortschritt strebt. Die Frage ist warum? Was treibt den Menschen an, zu immer höheren Gipfeln aufsteigen zu wollen? Woher kommen seine Neugierde, sein Erfindergeist und sein unbändiger Wille, das Leben noch bunter, noch lebenswerter und noch vielfältiger zu gestalten? Ganz einfach: Es liegt in unserer DNA. Das hat Yuval Noah Harari in seiner „kurzen Geschichte der Menschheit“ eindrucksvoll dargelegt. Hätten wir dieses „Streben nach mehr“ nicht verinnerlicht, wäre der Mensch evolutionstechnisch schlichtweg gar nicht erst entstanden. Dieses Streben nach Fortschritt zu kritisieren, wäre also paradox. Wir können nur deswegen überhaupt kritisieren, weil wir leben. Und wir können nur leben, weil wir streben. Ähnlich paradox verhält es sich übrigens mit dem Wohlstand, denn es ist bekannt: Nur wer im Wohlstand lebt, schimpft auf ihn.

### Die Kostenspirale der Freizeitgesellschaft

Es gibt aber auch einen ökonomischen Grund, warum Keynes mit seiner Zukunft ohne



Anstrengung nicht recht gehabt hat. Er hat schlicht und einfach die „baumolsche Kostenkrankheit“ unterschätzt: Durch die steigenden Lohn- und Lohnnebenkosten im Dienstleistungsbereich, dessen Produktivitätssteigerungen mit der Industrie nicht mithalten konnte, ergibt sich heute die für alle Konsumenten so spürbare Kostenspirale des täglichen Lebens.

**Die Keynes'sche These des ‚Konsumparadieses‘ hat sich zwar für die Industriegesellschaft bewahrheitet, aber nicht für die Freizeitgesellschaft.**

Ein Blick auf die Teuerung der vergangenen Jahre zeigt, dass die heimischen Preise in jenen Sektoren am stärksten gesunken sind, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren.

demnach zwar für die Industriegesellschaft bewahrheitet, aber nicht für die Freizeitgesellschaft. Denn so sehr wir für die Industrieprodukte die Produktivität der Weltmärkte für uns nutzen können, so sehr müssen wir bei Dienstleistungen immer noch die heimischen Kosten zahlen. Das Fazit: Echter Wohlstand lässt sich nicht mit hohen Lohnabschlüssen, sozialen Transfers oder gar der Rückkehr zum Protektionismus erkaufen, sondern nur mit der Bereitschaft zum Mitpacken, und zwar jeden Tag aufs Neue.

### Fluch und Segen von Wohlstand

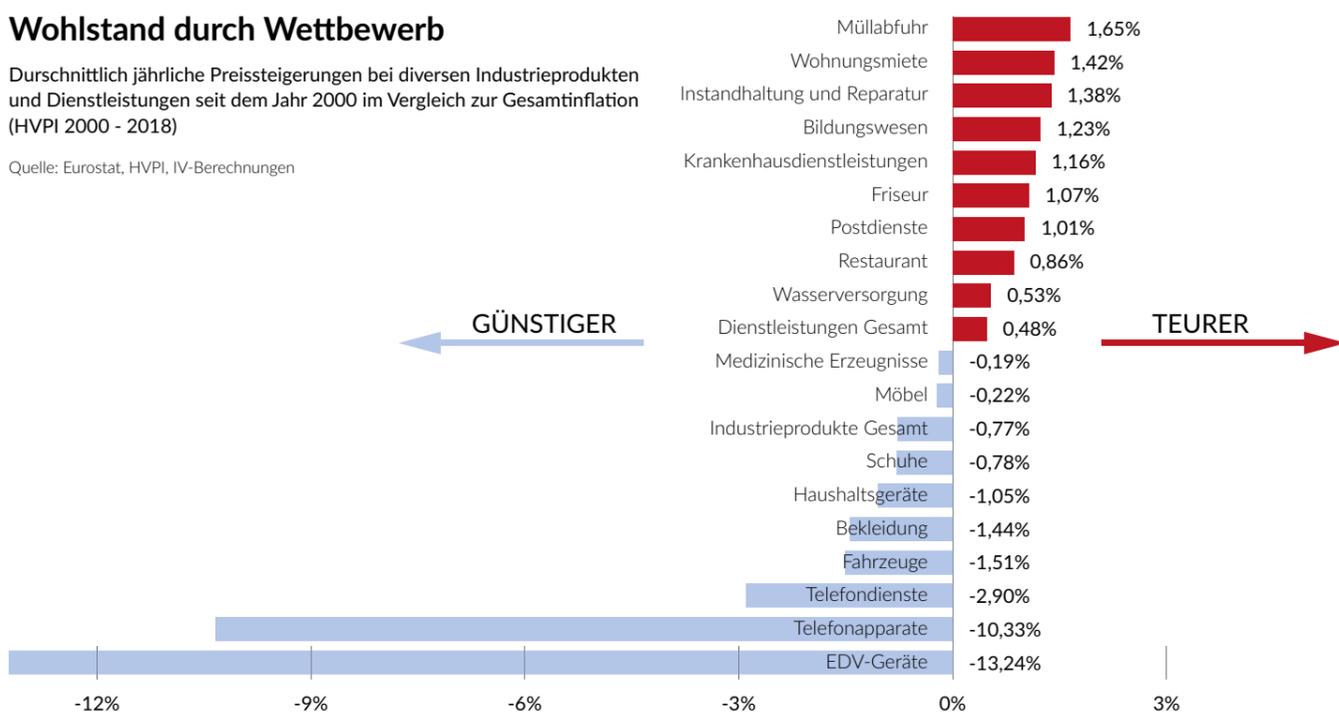
Der Wohlstand bringt viel Segen mit sich. Er verbindet die Menschen und erlöst uns von den großen Plagen der Menschheit wie Hunger, Krieg und Seuchen. Er befreit uns von den täglichen Notwendigkeiten des Überlebens und schafft einen einzigartigen Freiraum, um uns den großen Sinnfragen des Lebens hingeben zu können. Insofern haben wir ohne Zweifel das vielbesagte „Goldene Zeitalter“ erreicht. Es schadet nicht, sich dieser Errungenschaften immer wieder bewusst zu werden. Doch die Konsequenz daraus zu ziehen, dass damit auch die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung, zur Neugierde und zum ständigen Aufbrechen zu neuen Horizonten nicht mehr gegeben ist, wäre fatal. Insofern bringt der Wohlstand auch einen großen Fluch mit sich: Den Fluch, dass er mit der Zeit als selbstverständlich und damit als kostenlos erachtet wird.

Zugegeben, es ist sehr verlockend von einer Welt zu träumen, in der es Fortschritt ohne Mühen gibt. Es ist die Welt des bedingungslosen Grundeinkommens, des Wachstums auf Pump, der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, des Übertünchens von notwendigen Strukturreformen durch die Ankurbelung der Nachfrage sowie des Konsums und – das ist das neueste Märchen im Bauchladen jener, die Reformen ablehnen und die Welt der „Modern Monetary Theory“, des staatsfinanzierten Paradieses, propagieren: Sie alle gaukeln uns vor, dass wir aus dem gemeinsamen Topf der Volkswirtschaft mehr entnehmen können, als wir zusammen hineingeben. Das ist in einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft zwar möglich, aber nicht auf Dauer und nur auf Kosten von anderen.

## Wohlstand durch Wettbewerb

Durchschnittlich jährliche Preissteigerungen bei diversen Industrieprodukten und Dienstleistungen seit dem Jahr 2000 im Vergleich zur Gesamtinflation (HVPI 2000 - 2018)

Quelle: Eurostat, HVPI, IV-Berechnungen



Ein Blick auf die Teuerung der vergangenen Jahre zeigt, dass die heimischen Preise in jenen Sektoren am stärksten gesunken sind, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren.

### KONTAKT

Clemens Wallner,  
Wirtschaftspolitischer Koordinator  
der IV: [clemens.wallner@iv.at](mailto:clemens.wallner@iv.at)

# Internationaler Wettbewerb wartet nicht auf Innenpolitik

Die nächste Bundesregierung muss Menschen und Unternehmen entlasten, in Bildung und Forschung investieren – stärkt Klimaschutz! – und Fachkräfte sichern helfen.

Während sich die konjunkturellen Aussichten eintrüben, wird Österreich von „Ibiza“ bis zur Bildung einer neuen, handlungsfähigen Bundesregierung wohl deutlich mehr als ein halbes Jahr Zeit verloren haben – Zeit, um die richtigen Maßnahmen für Wachstum und Zukunft zu setzen, die wir im internationalen Wettbewerb dringend brauchen. Umso wichtiger ist es, dass die neue Regierung rasch die großen Projekte anpackt, die für Österreichs Zukunft im internationalen Wettbewerb erfolgsentscheidend sind:

- Zum eingeschlagenen Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen gibt es keine Alternative. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden. Was der Standort nicht braucht, sind einseitige Belastungen und Maßnahmen, die es Unternehmen verunmöglichen, hier weiter für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.
- Österreich muss sich durch strukturelle Reformen den Handlungsspielraum für notwendige Zukunftsinvestitionen erarbeiten. Wir müssen mehr Geld in Forschung, Entwicklung und Innovation investieren. Und wir müssen in diesen Bereichen – wie auch in der Bildung – das ausgegebene Geld besser und wirksamer einsetzen. Der internationale Standortwettbewerb ist ein Innovationswettbewerb. Gerade beim Mega-Thema Klimaschutz muss Österreichs Antwort „Innovation“ lauten. Hier warten große

Chancen für unsere Unternehmen, ihre Beschäftigten und den internationalen Kampf gegen den Klimawandel.

- Der weiter steigende Fachkräftebedarf ist ein Schlüsselthema für die Zukunft. Er erfordert neue Anstrengungen, um Menschen für österreichische Unternehmen auszubilden und auch international Fachkräfte gewinnen zu können. Wir können die großen Chancen der digitalen Transformation nur mit entsprechend qualifizierten Fachkräften nutzen.

An alle im Nationalrat vertretenen Parteien ist die Aufforderung zu richten, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen. Niemand soll sich vor dieser demokratischen Verpflichtung drücken oder Parteitaktik über die Interessen unseres Landes stellen. Hinter den großen Leitprojekten für Österreichs Zukunft muss eine möglichst breite Mehrheit stehen. Die Industrie wird weiterhin ihren Beitrag als starke Partnerin leisten, damit ihre Leistungskraft und ihre standortpolitische Expertise bestmöglich zum Nutzen Österreichs eingesetzt werden. Wir brauchen eine stabile, zuverlässige und innovative Politik, die mutige Entscheidungen trifft und damit attraktive wie planbare Rahmenbedingungen schafft. Alles andere kann und darf sich Österreich nicht leisten.

Ihr  


Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär



G  
N  
D  
U  
N  
Z  
I  
E  
M  
E  
N  
-  
W  
E  
I  
T  
E  
R  
U  
N  
G



„Hat man vor einigen Monaten noch von der Zinswende gesprochen, spreche ich von einem Zinsende.“

Oberbank-Generaldirektor  
Franz Gasselsberger, Generaldirektor über die EZB-Geldpolitik.



„Jeder Österreicher zahlt kaufkraftbereinigt 16.170 Euro Abgaben pro Jahr.“

Laut EcoAustria-Direktor Tobias Thomas zahlen die Österreicher 1.120 Euro mehr Steuern als Deutsche.



„Wenn wir von Regulierungen sprechen, dann müssen wir von globalen Regulierungen reden.“

Austrian Airlines-CEO  
Alexis von Hoensbroech über eine wesentliche Herausforderung für die grenzüberschreitende Luftfahrt.

## AKTUELLES IN KÜRZE

### POSTING DES MONATS



### AUF EINEN BLICK

Warum die demografische Entwicklung den Fachkräftemangel verschärft, lesen Sie

auf Seite 5.

Wie Vermögensteuern direkt in die wirtschaftspolitische Sackgasse führen, zeigen aktuelle IV-Berechnungen

auf Seite 5.

Dass die Fachhochschulen eine Erfolgsgeschichte für den Standort sind, bestätigte ihr 25-jähriges Jubiläum im Haus der Industrie

auf Seite 8.

Wie krisenfest unsere Demokratie ist, war Thema der IV-Initiative „überMorgen – der gesellschaftspolitische Diskurs“

auf Seite 8.

### ZAHL DES MONATS

# 996.950

Der produzierende Bereich steht für 996.950 Arbeitsplätze in Österreich und bleibt damit wichtiger Treiber für Jobs, Wohlstand und Lebensqualität. Das entspricht einem Anstieg um zwei Prozent im Jahresabstand. Laut Statistik Austria konnten die mehr als 65.000 Unternehmen aus diesem Sektor ihre Umsatzerlöse gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 5,8 Prozent auf 149,1 Mrd. Euro steigern.



# Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen konsequent weitergehen

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen werden für die nächste Regierung herausfordernd. Umso wichtiger ist eine stabile, zuverlässige und innovative Politik, die mutige Entscheidungen trifft.

Nach einem insgesamt ausgesprochen emotional geführten Wahlkampf rief die IV unmittelbar nach der Wahl dazu auf, möglichst rasch wieder Fakten und Sachpolitik in den Vordergrund zu stellen. Zudem erinnerte die Industrie daran, dass ein wettbewerbsfähiger Standort und erfolgreiche Unternehmen mit ihren Beschäftigten das Fundament für die hohe Lebensqualität und den allgemeinen Wohlstand in Österreich seien.

## Mutige Entscheidungen

Dafür brauche es eine stabile, zuverlässige und innovative Politik, die mutige Entscheidungen trifft und damit attraktive wie planbare Rahmenbedingungen schafft. Es gelte unter anderem den Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen konsequent weiterzugehen in die Zukunft, also in Forschung, Innovation und Bildung zu investieren sowie Menschen für österreichische Unternehmen auszubilden und national wie auch international zu gewinnen.

## Die Top 6-Prioritäten der Industrie für die nächste Legislaturperiode auf einen Blick:

1. Steuer- und Abgabenlast reduzieren. Faktor Arbeit nachhaltig entlasten.
2. Modernes Arbeitsrecht implementieren.
3. Forschungs- und Technologiestandort Österreich durch Bildung und Innovation an die Spitze bringen.
4. Kapitalmarkt stärken.
5. Fairen internationalen Handel durchsetzen.
6. Innovative Klimapolitik umsetzen.

Denn aktuelle IV-Prognosen zeigen: Die nächste Bundesregierung – in welcher parteipolitischen Konstellation auch immer – wird mit weitaus herausfordernden konjunkturellen Rahmenbedingungen konfrontiert sein als die vorhergehende Regierung. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung betrifft dies auch die fiskalischen Handlungsspielräume, die sich ab dem kommenden Jahr als deutlich verengt darstellen werden. Für 2019 rechnet die IV mit einem BIP-Wachstum von rund 1,5 Prozent in Österreich. In den nächsten Jahren wird sich die österreichische Wirtschaft der konjunkturellen Schwäche in der Eurozone nicht gänzlich entziehen können: Aus heutiger Sicht ist ein Wachstum in Höhe von 1 bis 1,25 Prozent im Jahr 2020 zu erwarten.

## INFORMATION

Aktuelle Informationen sowie die Forderungen der Industrie an die nächste Bundesregierung finden Sie auf [www.iv.at](http://www.iv.at)

# Industrie zu Internationalisierung: Ohne Welthandel keine Weltoffenheit

Beim Mercosur-Abkommen müssten auch die Chancen gesehen werden, fordert die Industrie. Denn die Welt dreht sich weiter und wartet nicht auf die heimische Innenpolitik.

Die Industrie fordert eine sachliche Diskussion über internationalen Handel. Das gilt auch für das Abkommen zwischen EU und Mercosur: „Die grundsätzliche Ablehnung des Abkommens durch die Großparteien im EU-Unterausschuss – obwohl der Text noch nicht vollständig vorliegt – führt Österreich europapolitisch ins Abseits und in das Lager der Nörgler und Verhinderer“, erklärt Michael Löwy, in der IV für internationale Beziehungen zuständig. Österreichs Unternehmen und ihre Beschäftigten zeigten hingegen jeden Tag, wie man sich internationalen Herausforderungen erfolgreich und konstruktiv stellt: Indem sie für 212 Mrd. Euro Waren sowie Dienstleistungen exportieren und eine erfolgreiche Zukunft für unser Land schaffen. „Die Exportwirtschaft steht für 1,7 Mio. Arbeitsplätze. Gesichert werden soziale Errungenschaften, wie Pensionen, Gesundheitsversorgung oder Schulen“, ergänzt Löwy.

Selbstverständlich müssten die Sorgen der Menschen ernst genommen werden. Der Schutz des Amazonas-Waldes sei im Interesse aller. „Daher enthält das Mercosur-Abkommen eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen, zur Aufforstung des Regenwaldes und zum Vorgehen gegen illegale Brandrodungen“, erklärt Löwy.

Zudem verweist die Industrie darauf, dass Mercosur lediglich 99.000 Tonnen Rindfleischimporte aus Südamerika zu einem gesenkten Zolltarif erlaube. Bei einem derzeitigen EU-Gesamtkonsum von 8 Mio. Tonnen entspricht das gerade 1,2 Prozent. Auch in Relation zu den 11 Mio. Tonnen brasilianischem Rindfleisch wäre das zollreduzierte Kontingent ein geringer Anteil. Löwy: „Statt Freihandelsabkommen für alles verantwortlich zu machen, sollten wir auch andere Regionen der Welt dazu drängen, sich an ihre Verpflichtungen bei Menschenrechten sowie

Klima- und Umweltschutz mit den dazugehörigen Vertragswerken zu halten.“

Die Industrie plädiert dafür, in der öffentlichen Diskussion auch die Chancen von Freihandelsabkommen zu sehen: EU-Exporte in den Mercosur-Raum sichern in Österreich 32.000 Arbeitsplätze. Mehr als 1.400 rot-weiß-rote Unternehmen sind mit über 260 Niederlassungen vor Ort tätig, schon jetzt ist die rot-weiß-rote Handelsbilanz positiv.



## WEBTIPP

Die aktuellen Gastkommentare in „Der Standard“ und „Die Presse“ von Michael Löwy, in der IV für internationale Beziehungen zuständig, finden Sie hier: [www.iv.at/iv-positionen/oktober19](http://www.iv.at/iv-positionen/oktober19)

Alle Fakten und Infos zum Abkommen sind im IV-Standpunkt „Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Mercosur“ zusammengefasst. Download unter [www.iv.at/mediathek](http://www.iv.at/mediathek)

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: [positionen@iv.at](mailto:positionen@iv.at), Homepage: [www.iv.at](http://www.iv.at), ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at)

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, Maximilian Rosenberger, IV-Burgenland/AMS Petra Spiola, IV-Kärnten, IV-Niederösterreich/NLK Pfeiffer, IV-Öberösterreich/Eric Krügl, IV-Salzburg/Mind-Id, IV-Steiermark/gettyimages, IV-Tirol/Land Tirol/Pichler, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Manuel Orttechner

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



# Jeder 9. Arbeitsplatz kann nicht nachbesetzt werden

Die demografisch bedingte „Lücke“ auf dem Arbeitsmarkt beträgt 543.000 Personen. Von der nächsten Regierung fordert die Industrie eine umfassende Fachkräfte-Strategie.

**D**er Fachkräftemangel wird sich durch die demografische Entwicklung in den kommenden Jahren noch verschärfen. Das konkrete Ausmaß zeigt eine aktuelle Studie des Economica Instituts. Ihr zufolge liegt die Arbeitskräftelücke in Österreich auf Sicht einer Dekade bei 543.000

qualitativen Mangel. Das heißt, obwohl derzeit in Österreich rund 330.000 Menschen ohne Beschäftigung sind, können die zahlreichen offenen Stellen – laut AMS etwa 80.000 – schon jetzt nicht besetzt werden. Besonders drastisch ist das Problem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik): Laut IV-Um-

Die Industrie fordert daher von der nächsten Bundesregierung, einen speziellen Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels zu legen, der in Regionen mit einer starken Industrie besonders ausgeprägt ist: Der Industriestandort braucht eine umfassende Fachkräfte-Strategie.

## IV-UPDATE

### NEUE STEUERN GEHÖREN IN DEN HUTKASTEN

Eine aktuelle IV-Berechnung zeigt, warum Vermögensteuern direkt in die wirtschaftspolitische Sackgasse führen.

„Es kann kein Hut zu alt sein, dass er nicht immer wieder in die politische Arena geworfen wird“, beanstandet die IV die wirtschaftspolitisch kontraproduktive Wahlkampf-Forderung nach Vermögenssubstanzsteuern. Mit einer aktuellen Berechnung untermauert IV-Chefökonom Christian Helmenstein die IV-Kritik. Sein Modell verfolgt die Vermögensentwicklung eines fiktiven Familienvaters in den frühen Vierzigern mit einem Bruttojahreseinkommen von 56.000 Euro. Damit liegt er bei vollzeit-arbeitenden Männern im Durchschnitt. Um für seine Erben vorzusorgen, hat er 10.000 Euro angespart und erwirbt die mündelsichere Benchmarkanleihe der Republik Österreich mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren, die mit einem Zinssatz von 0,5 Prozent ausgestattet ist.

#### Reale Wohlstandsverluste

Was wird bis zum Ende seiner ferneren Lebenserwartung aus seinem Vermögen? Bis zum Jahr 2062 wächst die Anfangssparnis von 10.000 Euro nominell auf ein Vermögen von 10.300 Euro nach Abzug von Steuern. Real – also nach Inflation – schmilzt es hingegen auf 4.870 Euro.

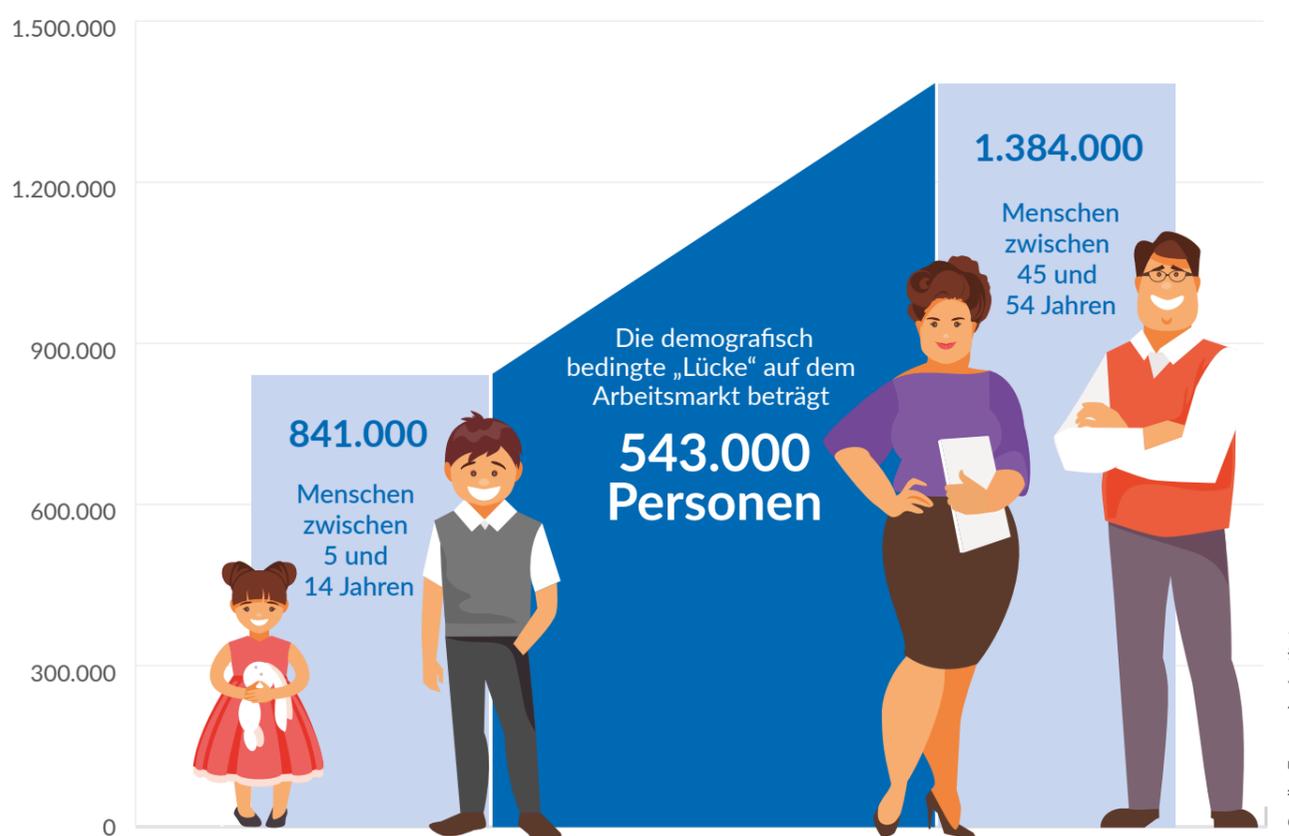
Wäre besagter Familienvater ein Kleinunternehmer, würden ihn – mit eigenem Betrieb und Eigenheim – die ventilerten Vermögensteuern von 0,5 Prozent jedes Jahr treffen können. In diesem Fall blieben von 10.000 Euro in 43 Jahren weniger als 4.000 Euro real. Mit einer Erbschaftssteuer würde das Vermögen überhaupt auf nur mehr 2.975 Euro schrumpfen – das entspräche einem tatsächlichen Vermögensverlust von 70 Prozent bei dem Versuch, Vermögen innerhalb der Familie von einer Generation auf die andere zu geringstem Risiko weiterzugeben.

#### Kleinunternehmer massiv betroffen

IV-Chefökonom Christian Helmenstein schlussfolgert: „Real müssen Sparer bereits heute erhebliche Wohlstandsverluste durch die Inflationsteuer hinnehmen. Diese würden durch Vermögen- und Erbschaftssteuern noch weiter erhöht und viele Menschen – auch Kleinunternehmer mit einem gewissen Betriebsvermögen – treffen.“

Zudem zehren Vermögensteuern die Unternehmenssubstanz aus. Aufgrund einer geringen Eigenkapitalausstattung ist die finanzielle Lage nicht weniger Unternehmen ohnedies prekär. Für diese werden in Verlustjahren aus der Substanz zu entrichtende Steuern zu einer existenziellen Gefahr. „Legt man dann noch eine Erbschaftssteuer obenauf, fördert man nicht schöpferische Zerstörung durch Innovation, sondern zerstört Wertschöpfung durch fiskalische Fehlregulierung“, so der IV-Chefökonom.

## Arbeitskräftelücke in Österreich auf Sicht einer Dekade



Das konkrete Ausmaß der Arbeitskräftelücke in Österreich zeigt eine aktuelle Studie des Economica Instituts. Diese wurde aus der Differenz der Kohortenstärke der 45- bis 54-Jährigen im Vergleich zu jener der 5- bis 14-Jährigen berechnet.

Personen – insgesamt sind derzeit rund 4,3 Mio. Erwerbstätige aktiv. Das bedeutet, dass jeder neunte Arbeitsplatz unter sonst gleichen Bedingungen nicht nachbesetzt werden kann. Die Lücke wurde aus der Differenz der Kohortenstärke der 45- bis 54-Jährigen im Vergleich zu jener der 5- bis 14-Jährigen berechnet.

#### Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt

Zwar steigt die Einwohnerzahl laut Prognose der Statistik Austria bis 2050 auf 9,6 Mio. Menschen. Gleichzeitig sinkt aber der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) von 61,6 auf 53,8 Prozent. Es kommen also zu wenig Junge nach, um die Arbeitsplätze der Generation 45 bis 54 besetzen zu können. Die Gründe dafür sind bekannt: Der Geburtenrückgang seit 1970, die Babyboomer-Generation der in den 1950er- und 1960er-Jahren Geborenen geht in Pension. Hinzu kommt der Trend bei jüngeren Generationen zu höheren Bildungsabschlüssen, sodass sie dem Arbeitsmarkt erst später zur Verfügung stehen.

Durch den sogenannten Mismatch auf dem Arbeitsmarkt übersetzt sich ein zunächst nur quantitativer Mangel zudem in einen

**Obwohl derzeit in Österreich rund 330.000 Menschen ohne Beschäftigung sind, können die zahlreichen offenen Stellen – laut AMS etwa 80.000 – schon jetzt nicht besetzt werden.**

frage beklagen drei von fünf Unternehmen Schwierigkeiten, Beschäftigte im Bereich „Technik & Produktion“ zu finden. Mehr als jedes zweite Unternehmen hätte zuletzt noch weitere hochqualifizierte MINT-Jobs vergeben können, scheiterte jedoch an zu wenigen Bewerbern.

#### Heimisches Potenzial besser nutzen

Insgesamt muss es darum gehen, das heimische Potenzial besser zu nutzen. Bis 2022 sollen die Weichen dafür gestellt werden, die Zahl der MINT-Absolventen um 20 Prozent zu steigern. Dafür soll es etwa mehr Mittel für MINT-Schwerpunkte an Fachhochschulen und weiteren Ausbildungseinrichtungen geben. Zudem soll die Rot-Weiß-Rot-Karte weiterentwickelt und effektiver vollzogen werden, damit die Betriebe zu den Fachkräften kommen, die sie brauchen.

#### Zukunftsweisende Migrationsstrategie benötigt

Insgesamt muss sich Österreich stärker um qualifizierte Zuwanderer bemühen und die Abwanderung Hochqualifizierter hintanhaltend, denn der internationale Wettbewerb um diese Personengruppen ist hoch. Notwendig dafür wäre eine zukunftsweisende Migrationsstrategie. Neben dem gezielten Anwerben von Hochqualifizierten soll die künftige Bundesregierung auf Basis einer genauen Analyse und Prognose des heimischen Arbeitsmarktes und des Qualifikationsbedarfs zielgerichtete Maßnahmen entwickeln.



# Leistungen der Industrie für Österreich sichern

*Am Tag der Industrie 2019 zeigte die Industriellenvereinigung auf, was und wer hinter Wohlstand und Lebensqualität im Land steht – und wie sich Österreich weiterentwickeln muss.*

Ist der Standort wettbewerbsfähig aufgestellt? Welche Veränderungen braucht es? Wie soll sich das Industrieland Österreich weiterentwickeln? Diese Fragen diskutierten bei der Industrie-Konferenz am Tag der Industrie hochkarätige Sprecherinnen und Sprecher aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, allen voran IV-Präsident Georg Kapsch, der schwedische Bestseller-Autor Johan Norberg, WisR-Gründerin Klaudia Bachinger, Fronius-Geschäftsführerin Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Microsoft Österreich-Chefin Dorothee Ritz, Sozialexperte Wolfgang Mazal, der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig und Finanzminister Eduard Müller.

## Industriation Nr. 3 in Europa

Dass Österreich eine Industriation ist, steht außer Frage: Jeder Österreicher generiert im Schnitt eine industrielle Wertschöpfung von über 7.000 Euro pro Jahr – und damit um 2.600 Euro jährlich mehr als der Durchschnitteuropäer. Damit ist Österreich kaufkraftbereinigt die „Industriation“ Nummer 3

in der EU. Laut aktuellen Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts sichert der servindustrielle Sektor in Österreich gegenwärtig direkt und indirekt über 2,5 Mio. Arbeitsplätze und erwirtschaftet eine Wertschöpfung im Ausmaß von mehr als 182 Mrd. Euro. Dass diese Leistungen für Österreich gesichert werden müssen, ist existenziell für das Land. Dies machte auch IV-Präsident Georg Kapsch am Tag der Industrie deutlich: Er unterstrich die große Bedeutung der Industrie und ihrer Innovationskraft für Österreichs Wohlstand. „Die Industrie ist der größte Hebel zur Armutsbekämpfung. Sie ist der Nukleus aller Arbeitsplätze“, so Kapsch. Die Industrie sei weder „Verschmutzer“ noch „Buhmann“, sondern „Role Model“ als Treiber für Wohlstand und Lebensqualität. „Wir engagieren uns für den Standort im Sinne der Menschen, wir engagieren uns für das Thema Bildung, wir engagieren uns durch den Einsatz neuer Technologien für das Thema Klima – und wir engagieren uns auch für die Demokratie.“ Dafür forderte er nicht nur die entsprechenden standortpolitischen

Rahmenbedingungen, sondern auch „ein gewisses Maß an Anerkennung“ ein. Kapsch verwies auch auf die Leistungen der Industrie für den Klimaschutz: Die österreichische Industrie leiste durch Innovation bereits den Großteil des heimischen Klimaschutzes.

## Möglichkeiten erweitern, Probleme lösen

Der schwedische Autor Johan Norberg stellte in seiner Keynote die Konsequenzen des Wachstums für den Menschen in den Mittelpunkt. „Wachstum ist nicht alles, aber es erhöht unsere Möglichkeiten, Probleme zu lösen“, sagte er. Laufend die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erweitern, mache den Unterschied. Die Antwort auf die Klimakrise könne nicht das Ende des ökonomischen Wachstums sein, sondern es gehe um Technologien und Lösungen.

Beim nachfolgenden Business-Talk zum Thema Generationengerechtigkeit plädierte die Jungunternehmerin und WisR-Gründerin Klaudia Bachinger für steuerliche Entlastung.



### WEBTIPP

Fotos und Videos vom Tag der Industrie finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at) bzw. auf dem YouTube-Channel der Industriellenvereinigung.

200 3..2..1 1..2..3 00:05:25





Es müsse zudem leichter werden, internationale Talente nach Österreich zu holen. Sozialrechtsexperte Wolfgang Mazal kritisierte die jahrelang betriebene Verteuerung älterer Arbeitskräfte durch eine verfehlte Kollektivvertragspolitik. Auch er warnte vor einem „negativen approach“ bei der Klimadebatte.

**„Die Industrie ist der größte Hebel zur Armutsbekämpfung. Sie ist der Nukleus aller Arbeitsplätze.“**

IV-Präsident Georg Kapsch

#### Junge für Innovation begeistern

Im zweiten Business-Talk der Industriekonferenz zu Standortfragen erklärte der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, gemeinsame Vorgehensweisen seien auch angesichts der internationalen Wettbewerbssituation von Vorteil. Es gehe um Lösungen „auf Augenhöhe“. Fronius-Geschäftsführerin Elisabeth Engelbrechtmüller-Strauß betonte gut ausgebildete Mitarbeiter als „Basis für Innovation“. Es sei auch eine gesellschaftspolitische Herausforderung, dass junge Menschen davon begeistert sind, Neues herstellen zu können. Damit Unternehmen weitere Innovationen entwickeln könnten, müsse man

sie entlasten. Die öffentliche Hand müsse effizienter werden, um neue Aufgaben ohne neue Steuern bewältigen zu können. Microsoft Österreich-Chefin Dorothee Ritz berichtete, hierzulande gebe es sehr viel strengere Arbeitnehmerregelungen als in anderen Ländern. Für Innovationen brauche es aber den „modernen Arbeitsplatz“, plädierte sie für eine „völlige Flexibilisierung der Denke“ und den Abschied von der Präsenzkultur.

#### Industrie entlasten

Anerkennende Worte zu den Leistungen der Industrie für Österreich gab es beim Tag der Industrie abschließend von Finanzminister Eduard Müller. Er dankte der Industrie, dass sie bereit sei, Verantwortung auch für zentrale gesellschaftliche Themen wie Generationengerechtigkeit oder Innovation zu übernehmen. Müller kritisierte die teuren Parlamentsbeschlüsse vor der Nationalratswahl, die nicht in die Budgetplanung eingepreist seien. „Derartige Beschlüsse sind die Steuern von morgen“, warnte der Minister. Er plädierte für eine weitere Entlastung der Industrie, so wie dies von der vergangenen Bundesregierung geplant worden sei. „Jede Bundesregierung wird diese Ziele ganz oben auf ihrer Agenda umsetzen müssen“, so Müller. Um die Industrie als Motor des Wohlstands zu unterstützen, brauche es „Sparsamkeit bei den öffentlichen Ausgaben und Investitionen für Wachstum“. Beim Klimaschutz plädierte Österreichs Finanzminister für einen pragmatischen Maßnahmen-Mix: „Es ist niemandem geholfen, wenn wir das Klima mit dem Bade ausschütten. Wir dürfen nicht durch falsch gesetzte Maßnahmen unsere Wirtschaft gefährden“.

#### IVTopApp: Österreichs Industrie in der „augmented reality“

In welcher Gemeinde leistet der produzierende Bereich den höchsten Beitrag zum Wohlstand? Erstmals hat das Economica Institut den prozentuellen Anteil der von der Industrie erbrachten Wertschöpfung für alle 2.098 Gemeinden in Österreich erhoben – auf einer Landkarte veranschaulicht Balken die Industrie-Leistung für das Land.



Für IV-Mitglieder ermöglicht die IVTopApp einen einzigartigen virtuellen Blick auf das Industrieland Österreich: Das neue „augmented reality“-Modell veranschaulicht nicht nur die Bedeutung der Industrie. Es enthält auch Informationen über Anzahl der Einwohner, der Beschäftigten und der Arbeitsstätten in allen Gemeinden. Ebenso kann man Bundesländer und Gemeinden in diesen Kategorien miteinander vergleichen.



Was ist „augmented reality“? Ein Zusammenspiel von digitalem und analogem Leben – Informationen können so mittels spielerischem Ansatz verbreitet werden. Im Smartphone werden über die Kamera zusätzliche Informationen über die Umgebung eingeblendet.



Bei Fragen zu Ihrer IVTopApp steht Maria Schmidt-Iankova ([maria.schmidt-iankova@iv.at](mailto:maria.schmidt-iankova@iv.at)) gerne zur Verfügung.



# Demokratie muss man lernen

Der gesellschaftspolitische Diskurs machte im September Halt in Vorarlberg. Dabei setzte er sich mit Teilhabe und Gestaltungsmacht auseinander.

Demokratie ist das Fundament der Gesellschaft. Darüber, ob sie in der Krise ist, wird viel debattiert. Wie krisenfest ist Demokratie? Wie viel Teilhabe braucht und ermöglicht sie? Diesen und weiteren Fragen widmeten sich die über 100 Teilnehmer des vierten gesellschaftspolitischen Diskurses im Rahmen des Projekts „überMorgen“ im Bregenzerwald. In drei Impulsen beleuchteten Christoph Konrath, Politikwissenschaftler in der Parlamentsdirektion, Kathrin Stainer-Hämmerle, Politik- und Rechtswissenschaftlerin, und Verena Ringler, Leiterin der europäischen Projektboutique European Commons, die Verfasstheit der Demokratien in Österreich und Europa. Anschließend wurde in den Diskursen am Tisch über Partizipation, direkte Demokratie und politische Bildung diskutiert.

## Unterschiedliche Interessen verstehen

Bei der Podiumsdiskussion war man sich darüber einig, dass es eine gute politische Bildung brauche, denn „Demokratie heißt nicht automatisch, dass darin Demokraten geboren werden“, so Stainer-Hämmerle. Zusätzlich sei aber eine Kultur, in der Demokratie gelebt wird, notwendig. Dazu gehöre es, den Diskurs zu pflegen, so CEO Hubert Rhomberg. Um die Demokratie fair zu gestalten, müssten unterschiedliche Interessen – auch die der Wirtschaft – verstanden werden, damit sich Bürger eine Meinung bilden können. Er trat dafür ein, sich mehr für Werte als für Interessen einzusetzen und Verantwortung mit politischen Entscheidungen zu verbinden. Für Verena Ringler ist die EU ein wichtiger Garant für demokratische Prozesse. Elisabeth Aichinger, ehemalige AHS-Landesschulsprecherin in

Vorarlberg, plädierte dafür, den Jungen mehr Verantwortung zu geben, um Demokratie zu lernen. Der Politik wirft sie vor, die Jugend zu wenig ernst zu nehmen.



Wie es um die Verfasstheit der Demokratien in Österreich und Europa steht, war Thema beim jüngsten Treffen des gesellschaftspolitischen Diskurses.



## HINTERGRUND

Das Projekt „überMorgen“. Der gesellschaftspolitische Diskurs setzt sich mit grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Wandels und Zukunftsvorstellungen auseinander. Eingeladen ist ein breites Spektrum der Bevölkerung mit dem Ziel, Raum für gute Auseinandersetzung zu bieten und positive Zielbilder zu entwickeln.

Der nächste Diskurs findet am 28. Oktober in Linz statt.

Alle Informationen zum Projekt finden Sie unter [www.uebermorgen.at](http://www.uebermorgen.at)

## HOCHSCHULPOLITIK

### FH: 25-jährige Erfolgsgeschichte

Seit 25 Jahren bereichern FH das heimische Bildungswesen, zeigte eine Festveranstaltung im Haus der Industrie. Mit praxisnahen 480 Studiengängen sind die 21 FH aus der österreichischen Hochschullandschaft nicht mehr wegzudenken. Die hohen Abschlussquoten und die schnelle Arbeitsmarktintegration der Studierenden belegen die Bedeutung dieses Hochschultyps für die Industrie. Aktuell haben rund 40 Prozent der Absolventen der Technik- und -Ingenieurwissenschaften ihren Abschluss an einer FH gemacht.

Als Mitinitiator für die FH setzt sich die Industrie auch künftig für eine zukunfts- und bedarfsorientierte Weiterentwicklung in Österreich ein. Erst kürzlich wurden durch den Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan (2018-2023) 1.000 neue Studienplätze mit Schwerpunkt MINT ge-

schaffen. Um den Wissenschafts- und Technologiestandort Österreich insgesamt nachhaltig abzusichern und den Fachkräftemangel der Unternehmen zu entschärfen, fordert die Industrie eine FH-Ausbauoffensive, insbesondere im MINT-Bereich.



Festveranstaltung „Fachhochschulen: zukunftsweisende Partner für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft“ im Haus der Industrie

### Hochschulen aus anderer Perspektive

Unter dem Titel „Zukunftsreise Hochschule“ startete die IV im September Campus-Spaziergänge an den drei größten Hochschulstandorten Österreichs in Graz, Linz und Wien. Dabei hatten IV-Mitglieder die Möglichkeit, sich direkt an den Unis über neue Studienangebote, Forschungsfelder und Infrastruktur am Campus zu informieren.

In der FH Joanneum Graz, Johannes Kepler Universität Linz und der Technischen Universität Wien lag der Schwerpunkt der Diskussion vor allem auf folgenden Themen: Lehr- und Lernräume an der Hochschule der Zukunft; Hochschulentwicklung im Zeitalter der Digitalisierung; innovative Bildungsangebote für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich; sowie Kooperationen und Netzwerke für eine erfolgreiche Zukunft von Wissenschaft und Wirtschaft. Österreichs Industrie setzt

auf eine starke Partnerschaft mit den österreichischen Hochschulen. Auch künftig muss es darum gehen, das Zusammenspiel der beiden Partner weiter zu verbessern, um Österreich zu einen internationalen TOP-Innovationsland zu machen.



V.l.n.r.: TU-Wien-Rektorin Sabine Seidler, IV-Hochschulexpertin Gudrun Feucht, Josef Eberhardsteiner (Vizekanzler für Digitalisierung und Infrastruktur, TU Wien)

# Was in der nächsten Legislaturperiode alles möglich ist

Der Positionen-Check der IV-Initiative NEUSTART SCHULE vor der Nationalratswahl brachte eine Überraschung.

Seit 2014 setzt sich die IV-Initiative gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen für Bewegung in der Bildungspolitik ein und thematisiert die Zukunft von Bildung in Österreich. Den Intensivwahlkampf begleiteten drei zentrale Forderungen für jede neue Regierung. Erstens: eine strategische Zielbestimmung für Bildung über Legislaturperioden hinweg; zweitens: Aufwertung der elementaren Bildungsphase bis 6 Jahre; drittens: Qualitätsoffensive für Grundbildung, bei der ein „Grundbildungsnachweis“ den formalen Abschluss am Ende der heutigen Pflichtschulzeit markiert.

Traditionell gerät in politischen Bildungsdiskussionen meist das Trennende in den

Vordergrund. Umso mehr sorgte der Positionen-Check für Überraschung – auch bei den knapp 200 Gästen der „Bildungsarena Wahl Spezial“: sämtliche (!) Parteienvertreter erklärten sich bereit, an einem parteienübergreifenden Dialogprozess zur langfristigen Gestaltung österreichischer Bildungsagenden mitwirken zu wollen. Egal, von welcher Partei er einberufen würde.

Uneinigkeit herrschte beim Thema der Finanzierung. Langfristig gilt es, das strukturelle Budgetpotenzial zu nützen. Die Initiative plädiert aber gleichzeitig für unmittelbare Finanzierungsimpulse, um Maßnahmen mit hoher Hebelwirkung – etwa das zweite verpflichtende Kindergartenjahr – endlich auf Schiene zu bringen.



Parteien im Positionen-Check (v.l.n.r.): Sibylle Hamann (Grüne), Therese Niss (ÖVP), Douglas Hoyos (NEOS), Sonja Hammerschmid (SPÖ), Michael Stumpf (FPÖ)

# Österreich digital – Gewinner oder Verlierer?

Die JI hatte alle Parteien im Vorfeld der Nationalratswahl zu einem Hearing geladen: Was muss Österreich tun, um bei der Digitalisierung vorne dabei zu sein?

Sowohl JI-Bundesvorsitzender Andreas Wimmer als auch Gabriele Zuna-Kratky, Direktorin des Technischen Museums – in ihrem Haus fand das JI-Hearing statt –, betonen, dass die Digitalisierung richtig gemacht für Österreich eine große Chance sein könnte. Dem stimmten im Kern auch alle Diskutanten zu. Allerdings müsse man dafür „vorne mit dabei sein, Mittelmaß reicht hier nicht aus“, wie auch SPÖ-Vertreter Christoph Matznetter unterstrich. Daher sehe der „Masterplan Digitalisierung“ der ÖVP auch vor allem Maßnahmen im Bildungsbereich vor, so Therese Niss:

„Wir müssen die Jugend auf die neue Welt vorbereiten.“ Dazu müsse sich aber auch die Schul-Kultur in Österreich ändern, so Douglas Hoyos von den NEOS: „Auswendiglernen

bringt heute nichts mehr, die Schule muss selbstständige Menschen hervorbringen.“

In Politik und Gesellschaft brauche es für diese Umstellung aber auch mehr Mut, wie Sigi Maurer von den Grünen betonte: „Wir haben in Österreich zu viel Angst vor Neuem, Innovationen passieren zu langsam.“ Moderator Rainer Nowak von der „Presse“ zog – nicht unernst, aber durchaus sarkastisch – Bilanz, dass es erfrischend sei, eine Diskussion im Wahlkampf erlebt zu haben, bei der es „um Inhalte und nicht um Hacks und geschredderte Festplatten ging.“



V.l.n.r.: Douglas Hoyos, Christoph Matznetter, Rainer Nowak, Therese Niss und Sigi Maurer im Festsaal des Technischen Museums Wien.



## Weniger arbeiten, mehr digitalisieren

Der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung wurde aufgewärmt. Über das „Wie“ hat sich kaum jemand Gedanken gemacht.

In Österreich ist Arbeit bekanntlich Leid. Daran hat sich nach wie vor nichts geändert. Wie sehr diese Maxime noch immer das Handeln der Politik bestimmt, hat der eben zu Ende gegangene Wahl(r)ampf gezeigt: Die hierzulande so beliebte Frühpension mit 62 Jahren ist nun wieder abschlagsfrei möglich (die einzigen Gegenstimmen kamen übrigens von den NEOS). Gleichzeitig wurde von manchen – wie so oft – auch eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Zwar gingen inhaltliche Forderungen in diesem Wahlkampf ohnehin eher unter, das Thema aber wird uns bleiben. Weniger arbeiten für ein besseres Leben? Aus Sicht eines Unternehmers möchte ich folgendes anmerken: Schon heute ist weniger Arbeit möglich – in manchen Branchen, für manche Schlüsselkräfte. Ich habe selber die Erfahrung bereits gemacht. Konfrontiert mit dem Wunsch eines Spezialisten, nur mehr 30 Stunden arbeiten zu wollen, musste ich erkennen: Ich bin hier de facto machtlos. Was soll ich denn tun, den Mitarbeiter kündigen, wenn der Fachkräftemangel ohnehin dafür sorgt, dass ich Schlüsselpositionen nicht besetzen kann?

Der Wunsch nach flexibler Arbeitszeitgestaltung sowie überhaupt „Wohlfühlfaktoren“ spielen in der Arbeitswelt längst eine größere Rolle. Macht es Unternehmen auch nicht gerade leichter bei der Personalsuche. Wenn ich da konkurrenzfähig bleiben will, was kann, was muss ich tun? Noch schneller automatisieren? Ein Roboter hat was herrlich Unkompliziertes. Sicher, aber kreativ, innovativ ist er nicht. Eine forcierte Digitalisierung kann vielleicht helfen, fehlende menschliche Arbeitskraft zumindest teilweise zu ersetzen.

Das geht aber eben auch nicht bei jedem Beruf. Rufe nach generellen Arbeitszeitverkürzungen sind ein populistisches Phänomen unserer Zeit. Aber gut, versuchen wir es: Digitalisieren wir schneller, vielleicht hilft es manchen! Wobei: Ich will aktuell einen Mitarbeiter in einer speziellen Programmiersprache für Maschinen ausbilden lassen. Problem nur: Die entsprechende Ausbildung gibt es in Österreich nicht einmal. So viel zum Wunsch, bei der Digitalisierung mit der Spitze mithalten zu wollen. Arbeit ist auch als Unternehmer manchmal Leid. Vielleicht sollte ich einfach weniger arbeiten.

Herzlichst Euer

Andi Wimmer, Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

# Klimaschutz faktenbasiert

Mitglieder der JI-Wien und JI-NÖ/Bgld. diskutierten im Umweltbundesamt, welche Lösungen es für eine Klimawandel-Anpassung geben könnte.

Die Junge Industrie bemühte sich im September um eine faktenbasierte Diskussion über den Klimawandel. Bei einem Event mit dem Umwelt- und Energiefonds und dem Umweltbundesamt erklärte Klaus Haslinger von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), welche Klimaszenarien aufgrund der Beobachtungsdaten möglich seien. IV-Energieexperte Dieter Drexel betonte, dass die Anpassungsmaßnahmen auch als gesamtwirtschaftliche Chance zu sehen seien: „Allerdings braucht es unbedingt mehr Mittel für die Energieforschung sowie eine Klimapolitik, die über die Grenzen hinausgeht.“ Veronika Wüster, Co-Vorsitzende der JI-NÖ/Bgld., ergänzte: „Wenn wir für Klimaschutz sind, müssen wir auch die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Betriebe

nicht ins Ausland abwandern, wo oft viel niedrigere Standards vorherrschen.“ Anstoß für die Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt

war das Forschungsprojekt „Tales of Tomorrow“, bei dem die JI-Mitglieder bereits im Frühjahr ihre Ideen einbringen konnten.



V.l.n.r.: Markus Leitner (Umweltbundesamt), Gernot Wörther (Klima- und Energiefonds), Nikolaus Griller (JI-Wien), Ulrich Streibl (Umweltbundesamt), Ingmar Höbarth (Klima- und Energiefonds), Veronika Wüster und Matthias Unger (beide JI-NÖ/Bgld.), Klaus Haslinger (ZAMG) und Dieter Drexel (IV)



## JI-AVISO

### SAVE THE DATE:

Wintersportwochenende  
17.-19. Januar  
in Rauris, Salzburg  
Be part of it!

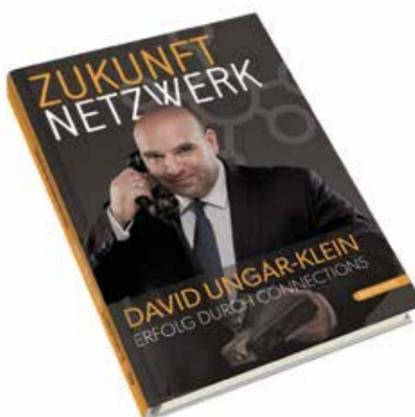
## IV-AKTUELLES

### IV öffnet ihre Tore

Das Haus der Industrie ist auch eine stark nachgefragte „Event-Location“ in Wien: Rund 75.000 Gäste besuchen das Haus bei durchschnittlich mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr. Wie interessant das Haus am Schwarzenbergplatz ist, zeigte auch in diesem Jahr der „Tag des Denkmals“. Unter anderem wurde hier der österreichische Staatsvertrag ausverhandelt. Bereits zum fünften Mal öffnete die IV ihre Tore für die Bürger an diesem Tag. Bei vier Führungen hatten rund 200 Teilnehmer Gelegenheit, sich über das Haus, seine Geschichte und die Industrie in Österreich zu informieren.

### Wettbewerb um Aufmerksamkeit

Wie wird man "sichtbar", um bestimmte Ziele erreichen und Visionen umsetzen zu können – als Manager, als Unternehmen, als Institution, als Staat? Der Wiener Unternehmer und Kommunikationsprofi David Ungar-Klein liefert darauf in „Zukunft Netzwerk. Erfolg durch Connections“ konkrete Antworten. Gerade im Zeitalter der Social Media-Netzwerke sei es wichtiger denn je, echte Netzwerke zu knüpfen und sich kommunikativ abzusichern.



Zukunft Netzwerk. Erfolg durch Connections echomedia medienhaus, 160 Seiten



# Neue Wirtschafts- und Innovationsstrategie für Wien vor Abschluss

Die Stadt Wien arbeitet an einer neuen Wirtschafts- und Innovationsstrategie, die demnächst im Gemeinderat beschlossen wird. Die IV-Wien ist als wichtiger Partner eng in den Strategieprozess eingebunden.

Die aktuelle Wiener FTI-Strategie „Innovatives Wien 2020“ läuft dieses Jahr aus. Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke hat daher zu Jahresbeginn die Erstellung einer Nachfolgestrategie initiiert, die bis 2030 gelten und erstmals – neben dem Aspekt Innovation – auch Wirtschaftsthemen und Standortfragen umfassen soll.

In einem intensiven Strategieprozess, in den neben der Stadt und ihren Einrichtungen auch die Sozialpartner eingebunden sind, hat man sich nun auf Schwerpunkte geeinigt, die in den folgenden zehn Jahren als sogenannte „Spitzenthemen“ Leitlinien

für die gemeinsame Standortarbeit vorgeben sollen. Dadurch soll Wien in diesen Bereichen auch international als Vorzeigemetropole positioniert werden.

## Sechs Spitzenthemen für den Standort Wien

Insgesamt wurden während des Strategieprozesses sechs Spitzenthemen definiert, die an verschiedene Stärken der Wiener Wirtschaft anknüpfen. Ein Spitzenthema widmet sich etwa den „Smarten Lösungen für den städtischen Lebensraum des 21. Jahrhunderts“, vorrangig im Baubereich und bei der Mobilität. Ein weiteres Spitzenthema nimmt sich zum Ziel, die Stadt unter dem Motto „Gesundheitsmetropole

Wien“ zu einem internationalen Hotspot der Gesundheitswirtschaft zu machen. Ebenso wird die „Wiener Digitalisierung“ als ein Spitzenthema definiert, wobei hier ein interdisziplinärer Zugang im Vordergrund stehen soll, ergänzt durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen.

Für die Industrie besonders interessant ist sicher das Spitzenthema „Smarte Produktion in der Großstadt“, welches sich modernen, digitalisierten und nachhaltigen Produktionsmethoden widmet und zugleich ein klares Bekenntnis der Politik zur Produktion innerhalb der Stadtgrenzen enthält. Weitere Schwerpunkte sind außerdem die „Stadt der internationalen

Begegnungen“ (auch im Hinblick auf Betriebsansiedlungen) und die „Wiener Kultur- und Kreativwirtschaft“.

## Ein Bündel an Zielen und Maßnahmen

Die sechs Spitzenthemen werden jeweils durch konkrete Ziele und Leitprojekte in diversen Politikfeldern ergänzt, wobei diese Leitprojekte in weiterer Folge in einem Stakeholder-Prozess unter der Schirmherrschaft des neuen Wiener Wirtschaftsbeirats (Vienna Economic Council) vorangetrieben und erweitert werden sollen. Die IV-Wien ist in diesem Beirat durch IV-Wien-Präsident Christian C. Pochter vertreten.



## ORDENTLICHE VOLLVERSAMMLUNG DER IV-WIEN

18. November 2019, Haus der Industrie, Wien

Keynote: Dr. Michael Ludwig, Bürgermeister von Wien

17:30 Uhr: Interner Teil (nur für Mitglieder)

18:00 Uhr: Öffentlicher Teil

Die Einladungen mit allen Details zur Veranstaltung wurden versandt.



## Unternehmensstadt Wien soll zukunftsfit und lebenswert sein – auch für „digitale Zwillinge“

*Für die Ernennung zum Präsidenten der IV-Wien und das entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich sehr. Mit großer Freude und Motivation übernehme ich das Amt und auch mit großer Anerkennung für die Leistungen meines Vorgängers Wolfgang Hesoun, der die IV-Wien mit außerordentlichem Einsatz und großem Erfolg sieben Jahre geführt hat. Gemeinsam mit dem Präsidium wollen wir diesen Erfolgskurs mit neuen Akzenten fortsetzen und Wien auch in Zukunft unter den Top-Unternehmensstädten der Welt fest verankern.*

**W**ien hat beste Voraussetzungen: Zum wiederholten Male wurde unsere Stadt zur lebenswertesten der Welt gekürt. Wien ist weithin bekannt als Kulturmetropole, Touristenmagnet und sehr sichere Stadt. Seit Jahren steigen auch die internationalen Betriebsansiedlungen, 221 allein im letzten Jahr – mehr als im übrigen Österreich zusammen. Vieles wurde also sichtlich richtig gemacht. Zugleich fällt jedoch auf, dass Wien trotz des Leuchtturmprojektes „Smart City“ und bedeutender Fortschritte im Bereich „Life Sciences“ immer noch zu selten Standort für Technologie, Forschung und Start-ups ist – vor allem im digitalen Bereich.

Dabei sollte Wien – so wie die erfolgreichsten Metropolen der Welt – zum Motor des Fortschritts werden. Denn die Zukunft ist urban: Drei Viertel aller EU-Bürger leben schon in Städten und diese wachsen weiterhin überdurchschnittlich. Hier muss sich beweisen, dass Lebensqualität, Ökonomie und Ökologie kein Widerspruch sind, sondern sogar einander bedingen und zum wichtigen Wettbewerbsvorteil der Unternehmensstadt Wien gehören. Das harmonische Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit soll daher weiter gestärkt werden, um gerade auch die besten Talente in Wachstumsbereichen wie beispielsweise Künstliche Intelligenz (KI), Data Analytics, Quantentechnologie oder Biogenetik anzuziehen. Nur so können wir die notwendige öko-digitale Transformation als Stadt und Unternehmensstandort bewältigen. Dafür setzen wir weiterhin auf

Bildung, Innovation und Infrastruktur als notwendige Rahmenbedingungen. Unser gemeinsames Standortabkommen mit der Stadt und die neue Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“, die noch dieses Jahr im Gemeinderat beschlossen werden soll, bilden dafür eine wichtige Grundlage. Darüber hinaus wollen wir aber noch weitere Akzente setzen, um die Unternehmens-, Industrie- und Technologiestadt Wien fit für die Zukunft zu machen.

Im Bereich Bildung müssen einerseits die digitalen Basiskompetenzen früh gestärkt werden, aber auch Kreativität und Teamfähigkeit. Die Stärkung von MINT-Fächern – vor allem auch bei Frauen – ist essenziell: Nur 15 Prozent der Studienanfänger gehen heute in technische Studienrichtungen und weniger als fünf Prozent in Informationstechnologie, nur ein Viertel aller Studierenden an technischen Universitäten ist weiblich. Dadurch entgeht der Industrie ein enormes Wertschöpfungspotenzial, das gehoben werden muss, um im internationalen Wettbewerb nachhaltig bestehen zu können.

Nur mit diesen Kompetenzen können wir die „digitalen Zwillinge“ in unseren traditionellen Industriebereichen entwickeln und die für „Industrie 4.0“ typische Verschränkung von analogen und digitalen Angeboten vorantreiben. Nicht das Produkt selbst, sondern dessen Nutzen, Service und Umweltverträglichkeit stehen für den neuen Kunden im Vordergrund. Der ressourcenschonende und respektvolle Umgang mit der Natur wird zum integralen Bestandteil jedes Entwicklungsprozesses und zum wichtigen

Differenzierungsfaktor im Wettbewerb. Nur wenn wir es schaffen, dass Industrie und Technologie in Zukunft nicht mehr als Teil des Problems, sondern als essenzieller Teil der Lösung begriffen werden – und zwar auch bei ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Fragen –, ist die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft gesichert. Und nur eine gesunde Wirtschaft sichert wiederum unsere sozialen Errungenschaften ab.

Gerade jetzt brauchen wir mutige Unternehmer, innovative Forschung und umsetzungsstarke Teams, die mit dem immer schneller laufenden, oft disruptiven technologischen Wandel konstruktiv umgehen können. Wir brauchen dafür aber auch die richtigen regulatorischen und politischen Bedingungen. Diese können nur durch Kollaboration statt Konfrontation gestaltet werden, durch Unternehmer und CEOs, die sich diesem Diskurs mit der Politik und der Zivilgesellschaft mit viel Überzeugungskraft und -arbeit stellen.

Genau das sehe ich als meine Aufgabe an und ich freue mich, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium und Ihnen allen, jede Gelegenheit zu nutzen, um der Wiener Industrie eine starke Stimme zu geben.

Ihr

Christian C. Pochtler  
Präsident der IV-Wien





# „Die Systeme müssen zukunftsfit gemacht werden“

TU Wien-Rektorin Sabine Seidler sprach mit den iv-positionen über Uni-Budget, Regierungsprogramm, Frauen in der Technik und den Forschungstransfer.



## ZUR PERSON

Univ.Prof. Dr. Sabine Seidler  
Rektorin der TU Wien

**Die Universitäten erhalten für die Jahre 2019-21 vom Bund insgesamt rund 15 Prozent mehr Budget als in der vorangegangenen Periode, davon profitiert auch die TU Wien. Wie werden Sie dieses zusätzliche Budget einsetzen? Was sind Ihre Schwerpunkte?**

Politisches Ziel der Budgeterhöhung ist die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse durch Ausbau des wissenschaftlichen Personals. Davon profitieren die Lehrenden und die Studierenden gleichermaßen. Verbesserte Betreuung, verbunden mit einer besseren Vorbereitung auf das Studium durch die an der TU Wien flächendeckend für alle Studien eingeführte „Studien-VoR-Phase“ und Unterstützungsmaßnahmen für Beginnerinnen und Beginner, werden zur Verbesserung des Studienerfolges beitragen und damit mittelfristig auch zur Erhöhung der Absolventinnen- und Absolventenzahlen. Darüber hinaus stehen Projekte im Vorder-

grund, die aktuelle gesellschaftliche Zielsetzungen adressieren: Digitale Transformation, Initiativen zur Stärkung der MINT-Fächer, Weiterentwicklung der Universität im Sinn einer „Entrepreneurial University“, z.B. mit der Translation von Grundlagenforschung in Innovation in Form technologieorientierter Gründungen, Industrie 4.0 mit der Weiterentwicklung der Pilotfabrik, dem Comet-Zentrum und der Gründung der EIT Manufacturing GmbH sowie der Etablierung eines institutionenübergreifenden „Vienna Center for Technology and Society“.

**Österreich hat am 29. September gewählt, die Parteien befinden sich nun in Gesprächen zur Regierungsbildung. Was erwarten Sie sich von einer neuen Bundesregierung?**

Ich erwarte ein Regierungsprogramm, das klare Ziele formuliert, die entsprechenden Maßnahmen, mit denen die Ziele erreicht werden, beinhaltet und einen Zeitplan der Umsetzung. Aus Sicht des Innovationsstandortes Österreich muss dabei die Weiterentwicklung des Forschungsrahmengesetzes in ein Forschungsfinanzierungsgesetz mit einem klaren, verbindlichen und langfristigen Wachstumspfad eine zentrale Rolle spielen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Grundlagenforschung und die anwendungsnahe Grundlagenforschung zu legen, weil nur damit eine breite Basis für disruptive Innovationen sichergestellt werden kann. Weitere Beiträge zur Befuerung des Innovationsystems sind die Verstärkung des Wettbewerbs in der Forschungsförderung, die Ausrollung einer Exzellenzinitiative nach internationalen Standards und eine nachhaltige Dotation der Nationalstiftung sowie letztlich auch eine einheitliche und verbindliche Overhead-Finanzierung. Es geht um Geld, es geht aber auch um die Systeme, die zukunftsfit gemacht werden müssen.

**Die TU Wien feiert dieses Jahr „100 Jahre Frauenstudium“. Viele MINT-Berufe sind allerdings immer noch stark männlich dominiert, 70 Prozent der TU-Studierenden sind Männer. Dadurch wird – gerade im Lichte des Fachkräftemangels – viel Potenzial liegen gelassen. Was muss sich ändern, damit Frauen mehr Interesse an MINT-Jobs gewinnen?**

In Österreich studieren mittlerweile an Universitäten mehr Frauen als Männer und immerhin ist bereits fast jede dritte Person in unseren Hörsälen weiblich. Was liegt also näher, als dieses schöne Jubiläum zum Anlass zu nehmen, um zu zeigen, dass Interesse und Erfolge von Frauen in der Technik und speziell in MINT-Studien keine Einzelfälle sind. Trotzdem haben wir viel zu tun. Neben dem Sichtbarmachen von weiblichen Vorbildern und dem vorbehaltlosen Fördern der Talente junger Menschen geht es um die Veränderung der Bilder in den Köpfen, z.B. auch durch die stärkere Verknüpfung mit der Anwendung (Umwelttechnik, Biomedical Engineering usw.), aber auch um gesellschaftliche Normen wie die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Frauen bis hin zur Verbesserung der Rahmenbedingungen hinsichtlich Kinderbetreuung.

**Man sagt den österreichischen Universitäten oft nach, dass ihre Forschung zu selten zu konkreten Anwendungen und Produkten führe. Was tut die TU Wien, um die praktische Umsetzung von Forschungsergebnissen zu fördern?**

Das ist eine sehr verallgemeinernde Aussage, die gerade für eine Technische Universität nur bedingt zutrifft. Die Forschungsarbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein Innovationsmotor, sowohl was die Ergebnisse aus der grundlagenorientierten als auch der anwendungsorientierten Forschung betrifft. Un-

serer Forschungsstrategie baut auf einem Wertschöpfungsnetzwerk auf, das von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zur Innovation reicht. Wesentliches Element zur Förderung der Umsetzung von Forschungsergebnissen ist die Kooperation. Ungefähr drei Viertel unserer Drittmittelerlöse resultieren aus Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen, da sollte sich die Frage nach möglichen zukünftigen Produkten gar nicht stellen. Zur weiteren Intensivierung dieser Zusammenarbeit haben wir eine eigene Servicestelle eingerichtet, die Unternehmen über Technologien informiert, für die Verwertung angestrebt wird, Transferveranstaltungen durchführt, Expertinnen und Experten vermittelt, bei der Anbahnung von Kooperationsprojekten unterstützt und insbesondere KMU über Kooperationsmöglichkeiten und die damit verbundenen Fördermöglichkeiten (national und regional) informiert. Zur Befuerung des „Entrepreneurial Spirit“ gibt es ein Ergänzungsstudium „Innovation“ und ein qualitativ hochwertiges Beratungs- und Qualifizierungsprogramm einschließlich der notwendigen Rahmenbedingungen über das Innovation Incubation Center i2c und in weiterer Folge INITS, unserem gemeinsam mit der Stadt Wien und der Universität Wien betriebenen Gründerzentrum. Im Haus unterstützen darüber hinaus Scouts unsere Forscherinnen und Forscher bei der Identifizierung umsetzbarer Forschungsergebnisse, aber auch bei der Patentierung und Lizenzierung. Gerade eine TU trägt für die Umsetzung von Forschungsergebnissen eine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, weshalb für uns immer der gesellschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten im Mittelpunkt des Interesses steht.